

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/2527 –**

Versorgungslage und Versorgungsgrad der Bevölkerung in der Republik Sudan

Vorbemerkung der Fragesteller

Viele Länder Afrikas leiden unter Trockenheit. Aufgrund der bis zum Jahre 2050 prognostizierten Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung, wird der Zugang zu sauberem Wasser sowie Wassermangel viele Länder Afrikas vor gewaltige Herausforderungen stellen. Zugleich gibt es unter der Erde, in der Wüste Sahara, gewaltige Wasservorkommen (vgl. https://bildungsserver.hamburg.de/wasserressourcen-nav/2182322/wasserressourcen-afrika/#:~:text=Mehr%20als%20300%20Millionen%20Menschen,nicht%20gen%C3%BCgend%20Wasser%20zur%20Verf%C3%BCgung.und%20https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Wasserprobleme_und_Klimawandel_in_Afrika).

Neben dem Trinkwassermangel spitzt sich auch die Ernährungssituation in vielen Ländern Afrikas wieder zu. Aber auch andere strukturelle Probleme tragen zur Verschlechterung der Ernährungssituation bei: Nichtverfügbarkeit von Lebensmitteln, unzureichende Kaufkraft, unzureichende Verteilung und fehlende Strukturen im engsten sozialen Umfeld, der Anstieg von Konflikt-herden, wie zum Beispiel in Libyen, Mali und Mauretanien (<https://www.magreb-post.de/gesellschaft/maghreb-rund-52-mio-menschen-von-hunger-und-ernaehrungsunsicherheit-betroffen/> sowie <https://www.tagesschau.de/ausland/hunger-afrika-un-101.html> und <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-04/corona-virus-pandemie-westafrika-hungerkrise>).

Auch der Zugang zu Energie bleibt weiterhin vielen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent verwehrt. Viele Haushalte in Afrika sind ganz ohne Strom. Nirgendwo auf der Welt ist der Anteil der Haushalte mit Stromanschluss so niedrig wie in den Ländern südlich der Sahara. In manchen ländlichen Gebieten hat kaum jeder zwanzigste Haushalt Strom. Dabei ist laut Aussage der Organisation AREI (Africa Renewable Energy Initiative) der fehlende Zugang zu Energie ein großes Entwicklungshemmnis (<https://www.eib.org/de/stories/afrika-energy-access> und http://www.bmz.de/de/themen/energie/energiepolitik_international/Africa_Renewable_Energy_Initiative_AREI/).

1. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Trinkwasservorräte sowie den Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Trinkwasser in der Republik Sudan zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor, und wenn ja, welche?
2. Wie werden sich nach Einschätzung der Bundesregierung, unter Berücksichtigung einer langfristig definierten Entwicklungszusammenarbeit und den damit verbundenen notwendigen Voraussetzungen (Theorie des Wandels), die Trinkwasservorräte sowie der Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Trinkwasser in der Republik Sudan bis zu den Jahren 2030, 2040 und 2050 bei gleichbleibender demographischer Entwicklung entwickeln?
3. Welche endogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die in Frage 2 aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
4. Welche exogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die in Frage 2 aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
5. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung ggf. die in Frage 2 zwei aufgezeigte Entwicklung (bitte nach konkreten Projekten der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Laufzeit, Finanzierungsvolumen und Durchführungsorganisation bzw. Träger aufschlüsseln)?

Die Fragen 1 bis 5 werden gemeinsam beantwortet.

In der Republik Sudan werden von den verfügbaren und erneuerbaren Süßwasserressourcen rund 94 Prozent für die Nutzung im Land entnommen. Dies führt zu einem hohen Druck auf die Verfügbarkeit von Wasserressourcen.

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Quellen haben in der Republik Sudan ca. 68 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser. Es bestehen hierbei große Unterschiede zwischen den Bundesstaaten und zwischen städtischen und ländlichen Regionen.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird der Trinkwasserbedarf in der Republik Sudan bei gleichbleibender demographischer Entwicklung absehbar steigen. Gleichzeitig stellen die Auswirkungen des Klimawandels eine große Herausforderung für die Wasserverfügbarkeit dar. Detaillierte Prognosen zur langfristigen Entwicklung liegen der Bundesregierung über öffentlich zugängliche Quellen hinaus nicht vor. Für die Antwort zu Frage 5 zum Engagement der Bundesregierung wird auf die Anlage 1 verwiesen.*

6. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die gegenwärtige Ernährungssituation der Bevölkerung in der Republik Sudan vor, und wenn ja, welche?
7. Wie wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung, unter Berücksichtigung einer langfristig definierten Entwicklungszusammenarbeit und den damit verbundenen notwendigen Voraussetzungen (Theorie des Wandels), die Ernährungssituation in der Republik Sudan bis zu den Jahren 2030, 2040 und 2050 bei gleichbleibender demographischer Entwicklung entwickeln?
8. Welche endogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die in Frage 7 aufgezeigte Entwicklung ursächlich?

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/2759 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

9. Welche exogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die in Frage 7 aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
10. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung ggf. die in Frage 7 aufgezeigte Entwicklung (bitte nach konkreten Projekten der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Laufzeit, Finanzierungsvolumen und Durchführungsorganisation bzw. Träger aufschlüsseln)?

Die Fragen 6 bis 10 werden gemeinsam beantwortet.

Der Welthungerindex 2021 stuft die Lage in der Republik Sudan als „ernst“ ein; das Land belegt Rang 95 unter 116 im Index bewerteten Ländern. 12,3 Prozent der Bevölkerung gelten als unterernährt, 31,4 Prozent der Kinder durch Mangel- oder Unterernährung als in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben die Nahrungsmittelverfügbarkeit weiter negativ beeinflusst; so haben im August und September 2020 55 Prozent der sudanesischen Haushalte ihren Nahrungsmittelverbrauch reduziert.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird der Nahrungsmittelbedarf in der Republik Sudan bei gleichbleibender demographischer Entwicklung absehbar steigen. Gleichzeitig stellen die Auswirkungen des Klimawandels eine große Herausforderung für die Produktion von Nahrungsmitteln dar. Detaillierte Prognosen zur langfristigen Entwicklung liegen der Bundesregierung über öffentlich zugängliche Quellen hinaus nicht vor. Für die Antwort zu Frage 10 zum Engagement der Bundesregierung wird auf die Anlage 2 verwiesen.*

11. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die gegenwärtige Energieversorgung der Bevölkerung sowie die Energieversorgung der Wirtschaft in der Republik Sudan vor, und wenn ja, welche?
12. Wie wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung, unter Berücksichtigung einer langfristig definierten Entwicklungszusammenarbeit und den damit verbundenen notwendigen Voraussetzungen (Theorie des Wandels), die Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft in der Republik Sudan bis zu den Jahren 2030, 2040 und 2050 bei gleichbleibender demographischer Entwicklung entwickeln?
13. Welche endogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die in Frage 12 aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
14. Welche exogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die in Frage 12 aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
15. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung ggf. die in Frage 12 aufgezeigte Entwicklung (bitte nach konkreten Projekten der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Laufzeit, Finanzierungsvolumen und Durchführungsorganisation bzw. Träger aufschlüsseln)?

Die Fragen 11 bis 15 werden gemeinsam beantwortet.

Die hauptsächlichen Energiequellen in der Republik Sudan sind Biomasse, insbesondere Feuerholz und Holzkohle, Öl und Wasserkraft.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/2759 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

In der Republik Sudan beträgt die Energiezugangsrate der Bevölkerung 37 Prozent; rund 4 Millionen Menschen sind ohne Zugang zu elektrischem Strom. Dabei variiert die Stromversorgung regional sehr stark; in West Darfur haben nur 2 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Strom.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird der Energiebedarf in der Republik Sudan bei gleichbleibender demographischer Entwicklung absehbar steigen. Detaillierte Prognosen zur langfristigen Entwicklung liegen der Bundesregierung über öffentlich zugängliche Quellen hinaus nicht vor. Für die Antwort zu Frage 15 zum Engagement der Bundesregierung wird auf die Anlage 3 verwiesen.*

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/2759 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Anlage 1 zur Antwort der Bundesregierung auf die Fragen 1-5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD „Versorgungslage und –grad in der Republik Sudan“ (Bundesdrucksache BT-Drs. Nr. 20/2527)

Maßnahme	Laufzeit	Volumen (Euro)	Durchführungsorganisation / Träger
Staatliche Zusammenarbeit			
Regionales Programm zur Wasser- und Sanitärversorgung für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden in Ostafrika	01/2021 – 12 /2023	32 Mio.	KfW
Verbesserung von Basisdienstleistungen in vernachlässigten Regionen Sudans	12/2019 – 12/2023	18,81 Mio.	KfW
Nichtstaatliche Zusammenarbeit			
ENHANCE - Gestärkte Resilienz und verbesserte Lebensqualität der Menschen im Zielgebiet in Sinkat, Red Sea / verbesserte Lebensbedingungen in Bezug auf Gesundheit, Wasserverfügbarkeit und ökonomischer Situation	11/2021 - 07/2023	454.586,00	International Aid Services Germany (IAS) e.V.

Anlage 2 zur Antwort der Bundesregierung auf die Fragen 6-10 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD „Versorgungslage und –grad der Bevölkerung in der Republik Sudan“ (Bundesdrucksache BT-Drs. Nr. 20/2527)

Maßnahme	Laufzeit	Volumen (Euro)	Durchführungsorganisation / Träger
Staatliche Zusammenarbeit			
Unterstützung des Transitionsprozesses über den Multi-Partner Fonds STARS in Sudan	09/2020 – 12/2028	60,0 Mio.	KfW
Ernährungssicherung für Flüchtlinge und anliegende Gemeinden in Gedaref und Kassala State	10/2017 – 12/2022	9,9 Mio.	GIZ
Soziale Sicherung für Mütter und Kinder (1000 Tage-Programm) II	12/2021 – 03/2024	20,0 Mio.	KfW
Integriertes Programm von UNICEF und WFP zur Resilienzförderung und Stärkung sozialer Kohäsion	12/2021 – 06/2026	40,0 Mio.	KfW
Unterstützung beim Wiederaufbau in Darfur	06/2018 – 12/2022	10,0 Mio.	KfW
Nichtstaatliche Zusammenarbeit			
Sudan Country Strategic Plan 2019-2023	09/2019 – 12/2023	22,95 Mio.	Welternährungsprogramm (WEP)
Interim County Strategic Plan	11/2018 – 12/2022	9 Mio.	Welternährungsprogramm (WEP)
Unterstützung des Family Support Program	10/2020 – 12/2023	20 Mio.	Welternährungsprogramm (WEP)
Stärkung der Resilienz durch verbesserte Ernährungssicherheit, Katastrophenmanagement und friedliches Zusammenleben in Süd und Ost Darfur	09/2021 – 08 /2025	4,5 Mio.	Care Deutschland
Verbesserte Einkommen, Minderung von Katastrophenrisiken und Resilienzförderung in Nord- und Zentraldarfur	11/202 – 12/2023	3,5 Mio.	Save the Children Deutschland e.V.
Stärkung der Resilienz und des friedlichen Zusammenlebens von südsudanesischen Flüchtlingen, IDPs und Aufnahmegemeinden in Nord Darfur	11/2020 – 12/2024	3,5 Mio.	Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)
Dammrehabilitierung und Ernährungssicherung in Nord Darfur	10/2019 - 09/2023	4 Mio.	Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)
Sicherung der Lebensgrundlagen und Ernährung von Flüchtlingen in aktiven und in von baldiger Schließung betroffenen Flüchtlingslagern sowie von Gastgemeinden in Girba und Kassala, Ostsudan	10/2018 - 09/2022	1,46 Mio.	Deutsches Rotes Kreuz
Resilienz und friedliches Zusammenleben im Ostsudan	09/2021 – 08/2025	4 Mio.	Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)
Stärkung der Widerstandsfähigkeit der konfliktbetroffenen Bevölkerung in	07/2021 – 06/2025	6,5 Mio.	Tierärzte ohne Grenzen

Südkordofan und Blauer Nil durch integrierte und One-Health Maßnahmen			
---	--	--	--

Anlage 3 zur Antwort der Bundesregierung auf die Fragen 11-15 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD „Versorgungslage und –grad der Bevölkerung in der Republik Sudan“, (Bundesdrucksache BT-Drs. Nr. 20/2527)

Maßnahme	Laufzeit	Volumen (Euro)	Durchführungsorganisation / Träger
Staatliche Zusammenarbeit			
Berufsbildungszentrum für die Qualifikation sudanesischer Ingenieure und Techniker im wachsenden Energiesektor	2019-2022	350.000	GIZ

